

Bei kommunalen Körperschaften  
über die Rechtsaufsichtsbehörde an  
die Bewilligungsstelle:

**Regierungspräsidium**

Ort:  
Datum:  
Telefon:  
E-Mail:  
Aktenzeichen:

## Antrag auf Gewährung einer Zuwendung

nach der Verwaltungsvorschrift zur Durchführung des Landesgemeindeverkehrsfinanzierungsgesetzes (VwV-LGVFG)

Besonderer Teil Kommunalen Straßenbau (KStB)

<b>1. Antragsteller</b>		
Name, Bezeichnung		
Anschrift (Straße, PLZ, Ort, Landkreis)		
Ansprechpartner (Name, Telefon, E-Mail)		
Gemeindegemeinschaft		
Bankverbindung IBAN: BIC: Kreditinstitut:		
<b>2. Maßnahme</b>		
Bezeichnung der Maßnahme (ggf. Anschrift):		
Durchführungszeitraum (von - bis)		
<b>3. Gesamtkosten</b>		
Gesamtkosten der Maßnahme lt. Kostenvoranschlag		
davon voraussichtlich zuwendungsfähig lt. Ziffer 6		
<b>4. Finanzierungsplan</b>		
		<b>Betrag in 1.000 €</b>
4.1	Eigenmittel, Eigenleistungen	
4.1.1	davon - Grundstück	
4.1.2	davon - Planungsleistungen	
4.1.3	davon - Sonstiges	

4.1.4	davon - Allgemeine Haushaltsmittel	
4.2	Fremdmittel (Kredite) <sup>1</sup>	
4.3	Leistungen Dritter (ohne öffentliche Zuwendungen)	
4.4	Beantragte öffentliche Zuwendungen (Angabe der Bewilligungsstelle)	
4.5	Beantragte Zuwendung nach Nr. 5 bis max. % <sup>2</sup>	
	Gesamtfinanzierung	
	Gesamtkosten (Nr. 3)	
<b>5. Beantragte Zuwendung</b>		
Voraussichtlicher Bedarf im Jahr	<b>Zuschuss in 1.000 €</b>	<b>Anteil an den Gesamtkosten %</b>
Summe		
<b>6. Nähere Angaben zur Bemessung der Zuwendung</b>		
Ermittlung der zuwendungsfähigen Kosten		
6.1	<b>Grunderwerbskosten</b> lt. Kostenvoranschlag	
	Hiervon sind abzusetzen: <sup>3</sup>	
6.1.1	die darauf entfallenden Anteile aus Beiträgen Dritter (z. B. Kostenanteile nach Kreuzungsrecht, Erschließungsbeiträge)	
6.1.2	der Wert der Grundstücke und Grundstücksteile, die nicht zuwendungsfähig sind	
6.1.3	sonstige nicht zuwendungsfähige Grundstückskosten	
	insgesamt abzusetzen:	
	<b>zuwendungsfähige Grunderwerbskosten</b>	

<sup>1</sup> Gilt nicht für kommunale Körperschaften

<sup>2</sup> Bis zu 75 % nur im Falle von Eisenbahnkreuzungsmaßnahmen nach Änderung des LGVFG, derzeit noch keine Anwendung.

<sup>3</sup> Aufschlüsselung jeweils nach gesonderter Anlage

**6.2 Baukosten** lt. Kostenvoranschlag

Hiervon sind abzusetzen: <sup>4</sup>

- 6.2.1 die darauf entfallenden Anteile aus Beiträgen Dritter  
(z. B. Kostenanteile nach Kreuzungsrecht, Erschließungsbeiträge)
- 6.2.2 sonstige nicht zuwendungsfähige Kosten
- 6.2.3 Wert anfallender Stoffe oder Erlöse aus ihrer Veräußerung

insgesamt abzusetzen:

**zuwendungsfähige Baukosten**

**6.3 zuwendungsfähige Kosten****7. Begründung**

- 7.1 Notwendigkeit der Maßnahme  
u. a. Raumbedarf, Standort, Konzeption, Ziel, Zusammenhang mit anderen Maßnahmen, Maßnahmen desselben Aufgabenbereichs in vorhergehenden oder folgenden Jahren, alternative Möglichkeiten, Nutzen.

- 7.2 Notwendigkeit der Zuwendung und zur Finanzierung  
u. a. Eigenmittel, Höhe der Zuwendung, Landesinteresse an der Maßnahme, alternative Förderungs- und Finanzierungsmöglichkeiten.

---

<sup>4</sup> Aufschlüsselung jeweils nach gesonderter Anlage

7.3 Inwieweit entspricht das Vorhaben vorhandenen Planungen Zutreffendes unbedingt ankreuzen

7.3.1 Überörtliche Entwicklungsplanung:

- Landesentwicklungsplan
- Regionalplan
- Fachliche Entwicklungspläne nach § 27 des Landesplanungsgesetzes
- Sonstige Fachpläne
- 

7.3.2 Örtliche Entwicklungsplanung

- Stadtentwicklungsplan
- Bauleitplan
- Landschaftsplan
- 

## 8. Finanz- und haushaltswirtschaftliche Auswirkungen

Darstellung der angestrebten Auslastung bzw. des Kostendeckungsgrades, Tragbarkeit der Folgekosten für den Antragsteller, Finanzlage des Antragstellers usw.

## 9. Erklärungen des Antragstellers Zutreffendes unbedingt ankreuzen

9.1  Mit der Maßnahme wurde noch nicht begonnen und wird auch nicht vor Bekanntgabe des Zuwendungsbescheids begonnen.

9.2 Der Antragsteller ist bezüglich der Maßnahme

- nicht zum Vorsteuerabzug berechtigt
- zum Vorsteuerabzug berechtigt; dies ist bei den Ausgaben berücksichtigt worden (Preis ohne Umsatzsteuer)

9.3 Die in diesem Antrag (einschließlich Antragsunterlagen) gemachten Angaben sind vollständig und richtig. Mir ist bekannt, dass diese Angaben subventionserhebliche Tatsachen im Sinne des § 264 Strafgesetzbuches sind und dass ich der Bewilligungsstelle alle Tatsachen, die der Bewilligung der Zuwendung entgegenstehen, unverzüglich mitzuteilen habe.

9.4 Folgende Genehmigungen liegen bereits vor:

**10. Anlagen** Zutreffendes unbedingt ankreuzen

- Bauentwurf
- Erläuterungsbericht
- Übersichtsplan
- Finanzierungsplan
- Kostenberechnung (bei Hochbauten nach DIN 276 Teil 2 gegliedert)
- Generalverkehrsplan
- Pläne
- Landschaftspflegerischer Begleitplan
- Darstellung über den Stand der Bauvorbereitung
- Bauzeitenplan
- Übersicht über die Haushalts- und Finanzlage  
(nur bei kommunalen Trägern, wenn diese der Rechtsaufsichtsbehörde und der Bewilligungsstelle nicht schon vorliegen)
- Nachweis über die Durchführung eines Sicherheitsaudits gemäß ESAS
- Bestätigung entsprechend § 8 Absatz 2 Behindertengleichstellungsgesetz
- Bestätigung zum Tariftreuegesetz
- Sonstiges:

Unterschrift

Siegel